



AfD-Anfrage zur Einreise per Flugzeug: Merkel-Regime erklärt Flüchtlingszahlen zur Geheimsache

22. Mai 2019 <https://dieunbestechlichen.com/2019/05/afd-anfrage-zur-einreise-per-flugzeug-merkel-regime-erklaert-fluechtlingszahlen-zur-geheimsache/>

Lange galt es als rechtes Gerücht und Fake-News: [Flüchtlinge, die mit dem Flugzeug nach Deutschland kommen](#), um Asyl zu beantragen. Schließlich widersprach ein solches Szenario dem gängigen Bild, bei Flüchtlingen handle es sich ausnahmslos um die Ärmsten der Armen, die quasi nur mit ihrem nackten Leben direkt dem Kugelhagel entkommen waren.

Doch dann enthüllte eine [Anfrage](#) des AfD-Abgeordneten Leif-Erik Holm vor gut einem Jahr, dass es sich bei den [Berichten über einfliegende Flüchtlinge](#) keineswegs um rechte Hetzgeschichten handelte. Denn seit 2017 befragt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zahlreiche Asylsuchende nach ihrer Reiseroute. Teil der Befragung ist dabei auch, wie die Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind – zu Fuß, per Bahn, mit dem Auto, dem Bus oder dem Flugzeug.

Laut dem Innenministerium gab dabei etwas „weniger als ein Drittel der befragten Schutzsuchenden“ an, sie seien „mit dem Flugzeug nach Deutschland eingereist“. Bezeichnenderweise hatte das Bamf ein dreiviertel Jahr vor Holms Anfrage noch [bestritten](#), dass entsprechende Zahlen existierten. Um so überraschender war es, als das Bundesinnenministerium dem stellvertretenden AfD-Fraktionsvorsitzenden bescheinigte, dass rund 30 Prozent aller befragten Asylbewerber per Flugzeug ins Land kämen.

Aus Sicherheitsgründen geheim

Seitdem ist mehr als ein Jahr vergangen. Die Bundesregierung wird nicht müde, zu betonen, man habe die Asylkrise im Griff. Die Flüchtlingszahlen gingen zurück, der Kontrollverlust sei gestoppt, der Ausnahmezustand beendet. Für Holm Anlass genug, nachzufragen, wie sich denn die Zahlen der Reiseroutenbefragungen in dem Zeitraum entwickelt haben, insbesondere, da das Bamf mittlerweile auch das Land des letzten Abflugs abfragt und somit erfasst wird, von welchen Flughäfen aus die Flüchtlinge nach Deutschland fliegen.

Aus diesen Zahlen wiederum ließe sich ablesen, ob sich die Flüchtlingsrouten möglicherweise verändert haben und welche europäischen Partnerländer gegebenenfalls weiterhin Flüchtlinge ungehindert nach Deutschland weiterreisen lassen. Doch anders als noch vor einem Jahr hat die Bundesregierung die Zahlen nun als geheime Verschlussache „(VS) – nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Dies sei im „Hinblick auf das Staatswohl“ erforderlich.

Aus den Auswertungen der Reiseroutenbefragung könnten Schlussfolgerungen gezogen werden, „die Einfluss auf die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland haben“, heißt es in der Antwort auf die von Holm initiierte Kleine Anfrage der AfD-Fraktion.

So könnten die Zahlen Rückschlüsse über die Fragen geben, die den Asylbewerbern konkret gestellt werden. Genau diese seien aber besonders schützenswert, da die Ergebnisse der Reisewegbefragung auch in der Asylanhörnung zur Überprüfung von Angaben bei der Asylentscheidung herangezogen werden könnten. Konkret bedeutet dies, Holm darf die Zahlen zwar im Parlamentssekretariat des Bundestags einsehen, er darf sie aber nicht öffentlich machen.

AfD prüft juristische Schritte

Genau das aber will der AfD-Abgeordnete nicht akzeptieren. Holm vermutet vielmehr, dass die Zahlen zur Verschlussache erklärt wurden, damit die Öffentlichkeit nicht erfahre, wie viele Asylbewerber mit dem Flugzeug einreisen. Schließlich würden die Zahlen weitere Fragen aufwerfen, die die Bundesregierung wohl lieber nicht beantworten wolle, erläuterte Holm.

„Wie kommen Asylsuchende ohne Papiere oder Visa eigentlich ins Flugzeug? Welche Staaten winken an den Flughäfen einfach durch? Und wird an bestimmten Flughäfen im Ausland überhaupt kontrolliert? Offenbar sind die Antworten so brisant, dass Herr Seehofer sie im Giftschränk wegsperren lassen muss, um die Bürger nicht zu verunsichern.“

Die Geheimniskrämerei der Bundesregierung sei völlig inakzeptabel, kritisierte der AfD-Politiker und forderte von Innenminister Horst Seehofer (CSU), „seine Blockade- und Geheimhaltungspolitik unverzüglich zu beenden“. Auch sei es nicht das erste Mal, dass die Bundesregierung bei bestimmten Themen ausweiche oder die Antworten zur Geheimsache erkläre, monierte Holm. Die AfD prüfe daher, wie sie juristisch gegen solche Nichtantworten vorgehen könne.
